Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe

76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vergnüg.-Anzeig 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Samstag, den 24. Dezember 1927 — Nummer 1331

Die Vorbereitung der Januar-Konferenz der Länder.

w **Berlin**, 23. Dez. (Privatinformation). Wie wir erfahren, fand heute nachmittag eine Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler, dem Reichsinnenminister Dr. von Keudell, dem Staatssekretär im Staatsministerium des Innern Dr. Zweigert und dem Reichsparkommissar Dr. Saemisch statt. Die Besprechung galt der Vorbereitung der Januarkonferenz der Länder, in der die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform behandelt werden soll. Über den Inhalt der heutigen Besprechung verlautet in politischen Kreisen, daß der äußere Verlauf der Tagung, das Programm der Referate und sonstige Frage durchgesprochen wurden. An den bisherigen Dispositionen dürfte danach irgendeine Änderung nicht eintreten.

Reparationssachlieferungen im November.

tu **Berlin**, 23. Dez. Amtlich wird gemeldet: Für Frankreich wurden im November 176 Sachlieferungsverträge über 30,6 Millionen RM. genehmigt. Da indessen mehrere Verträge Annullierungen früherer Abschlüsse vorsehen, so stellt sich der mit dem Berichtsmonat einzustellende Wert auf 23,8 Millionen RM. Von den November-Verträgen entfällt ein Vertrag über 242 eiserne Brückenjoche im Werte von 3,7 Millionen RM. auf die Kolonien. Der Wert sämtlicher seit dem 1. September 1924 für Frankreich genehmigten Sachlieferungsverträge (außer über Kohle und Farbstoffe) beträgt damit 710,2 Millionen RM. Der Wert der für Belgien im Monat November genehmigten 193 Verträge einschl. von Nachträgen stellt sich auf vier Millionen RM. Seit dem Beginn des Dawesplanes bis zum 30. November 1927 sind für Belgien Sachlieferungsverträge (außer über Kohle und Farbstoffe) im Gesamtbetrage von 125,3 Millionen RM. genehmigt worden.

Die Untersuchung der „Wiking"-Affäre.

vdz **Berlin** 23. Dez. **(Tel.)** Die polizeilichen Ermittelungen wegen des Weiterbestandes der in Preußen verbotenen Ehrhardt-Organisation „Wiking" sind in Berlin abgeschlossen worden. Gegenwärtig ist die Polizei nur noch mit der Sichtung des als „sehr umfangreich" bezeichneten Materials beschäftigt, das zwischen Weihnachten und Neujahr der Staatsanwaltschaft vorgelegt wird. Das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung ist, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. weiter erfährt, daß der Verdacht des Weiterbestandes des verbotenen Wiking, abgesehen von Magdeburg und einigen anderen Städten, sich auch für Berlin mindestens insofern bestätigt hat, als eine lose Gruppierung vorlag. Auch in Berlin sollen die Leute Ehrhardt von dem heimlichen Fortbestehen des „Wiking" gewußt haben. Ferner seien die Geschäfte des Wiking durch das Berliner Büro Ehrhardt weiter besorgt worden, was schon an sich eine strafbare Handlung darstelle. Die Staatsanwaltschaft, die in dieser Angelegenheit das Wort erhält, dürfte erst nach Neujahr das Material durchgearbeitet haben.

Deutsches Reich

Argentinischer Besuch in Berlin. — Errichtung einer Botschaft.

b **Berlin**, 23. Dez. **Tel.** Der argentinische Außenminister Galliardo, der sich zur Zeit auf einer Europareise befindet, trifft am 6. Januar zum mehrtägigen Besuch der Reichsregierung in Berlin ein. Die „Vossische Zeitung" schreibt zu dem bevorstehenden Besuch: Die argentinische Regierung steht mit der deutschen Regierung in Verhandlungen wegen Umwandlung der Gesandtschaft in eine Botschaft. Diese Umwandlung ist in anderen europäischen Ländern bereits erfolgt Die Verhandlungen mit Berlin sind noch nicht abgeschlossen, im Prinzip sind sicherlich keine Einwendungen erhoben worden. Die Entscheidung der Angelegenheit wird während des Besuchs des argentinischen Außenministers in Berlin fallen. Auch eine andere Frage wird bei dieser Gelegenheit besprochen werden: Die Ernennung des neuen Chefs der diplomatischen Vertretung in Buenos Aires. Der bisherige Gesandte Gneis hat um einen Krankheitsurlaub gebeten; er wird auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren.

Das Schreiben des Reichskanzlers an General Reinhardt.

w **Berlin**, 23. Dez. **(Tel.)** Reichskanzler Dr. Marx hat den Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos II, General der Infanterie Reinhardt (Kassel) anläßlich dessen bevorstehender Ausscheidung aus den aktiven Dienst der Reichswehr ein Schreiben gerichtet, in dem er auch im Namen der Reichsregierung dem General in warmen Worten für die um Staat und Wehrmacht erworbenen großen Verdienste seinen Dank ausspricht.

Die Nationalsozialistische Partei bleibt in Berlin verboten.

b **Berlin**, 23. Dez. **(Tel.)** Die Gauführung Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat gegen das Verbot der Organisation, das der Polizeipräsident von Berlin ausgesprochen hatte, beim Oberpräsidenten der Mark Brandenburg Beschwerde eingelegt. Diese Beschwerde ist jetzt vom Oberpräsidenten zurückgewiesen worden.

Der Flaggenerlaß des Generals von Horn.

w **Berlin**, 23. Dez. **(Tel.)** Gegen den Flaggenerlaß des Generals von Horn, des Vorsitzenden des Kyffhäuserbundes, nach welchem bei Anwesenheit von Vertretern der Staatsbehörden, wenn diese Wert darauf legen, auch die Reichsflagge schwarz-rot-gold gehißt werden soll, hat nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" aus Stettin der Kreiskriegerverband „Neustettin", dem 62 Vereine mit 3600 Mitgliedern angehören, beschlossen, Einspruch zu erheben. Eine Berücksichtigung der Reichsfarben könne nur für den Besuch des Reichspräsidenten in Frage kommen.

Die Beflaggung der Rennplätze.

w **Berlin**, 23. Dez. Die republikanische Beschwerdestelle hatte dem preußischen Landwirtschaftsminister am 17. Oktober in einer Eingabe die Tatsache unterbreitet, daß der Rennverein in Alstätte Kreis Ahaus bei einer Rennveranstaltung eine große schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hatte, obwohl der Rennverein von dem preußischen Staat mit einer bestimmten Summe unterstützt wird. Der Landwirtschaftsminister Steiger hat nun der republikanischen Beschwerdestelle u. a. mitgeteilt: Der Vorstand des Rennvereins hat die Versicherung abgegeben, daß bei etwaigen späteren Rennen auch die Reichsflagge gehißt werden würde. Im übrigen bemerke ich daß ich beabsichtige, die Frage der Beflaggung von Renn- und Ausstellungsplätzen solcher Veranstaltungen, für die staatliche Unterstützungen gewährt werden, durch den Erlaß allgemein gültiger Bestimmungen zu regeln. gez. Steiger.

Beseitigung der Unstimmigkeiten zwischen den bayerischen Koalitionsparteien.

⊕ **München**, 23. Dez. Die Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionsparteien des bayerischen Landtages, mit denen sich die Presse in letzter Zeit wiederholt beschäftigt hat, sind durch eine Aussprache der Führer der Koalitionsparteien restlos beigelegt worden. Im Verlaufe dieser Aussprache wurde festgestellt, daß nur irrtümliche Auffassungen über die Ergebnisse einer Koalitionssitzung zu den Auseinandersetzungen geführt haben.

Buer-Gelsenkirchen und der Reg.-Bez. Münster.

w **Berlin**, 23. Dez. **(Tel.)** **Die Stadt Buer hatte die Zustimmung zu ihrer Vereinigung mit der Stadt Gelsenkirchen u. a. abhängig gemacht davon, daß das Gebiet der vereinigten Stadt dem Regierungsbezirk Münster angegliedert werden soll. Die Stadt Gelsenkirchen war hiermit einverstanden. Der preußische Staatsrat hat gleichfalls in seinem Gutachten zu dem ihm von der preußischen Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die weitere Neuregelung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriegebiet empfohlen, für den Fall des Zusammenschlusses der Stadt Buer-Gelsenkirchen und der Landgemeinde Horst das gesamte Gebiet dem Regierungsbezirk Münster zuzuteilen. Daraufhin hat nun das preußische Staatsministerium dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge in der letzten Sitzung beschlossen, für den Fall der Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes durch den Preußischen Landtag die neue Stadt Buer-Gelsenkirchen dem Regierungsbezirk Münster zuzuteilen.**

*

Um die Durchführung der Arbeitszeit-Verordnung.

tu **Dortmund**, 23. Dez. Gestern und heute haben hier Verhandlungen wegen der Anträge der Arbeitgeber über die Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 zwischen dem neu ernannten Schlichter für Westfalen, Regierungsrat Dr. Brisch und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen stattgefunden. Es handelt sich hierbei lediglich um Besprechungen zu dem Zweck, den Schlichter über den Stand der Dinge zu unterrichten. Irgendwelche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Wie verlautet, soll der Reichsarbeitsminister für heute Verhandlungen über die Durchführung der Verordnung vom 16. Juli im Gebiet der Siegerländer Eisen-Industrie anberaumt haben, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob neue Verhandlungen zwischen den Parteien vor dem bisherigen Schlichter angesetzt werden.

Der Gewerk-Verein Deutscher Metallarbeiter H. D. zur Verbindlichkeitserklärung in Gruppe Nordwest.

≙ **Dortmund**, 23. Dez. Die heute in Dortmund tagende Konferenz des Gewerk-Vereins Deutscher Metallarbeiter H. D. nahm nach einem Bericht über die Berliner Verhandlungen Stellung zu der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche und der dadurch geschaffenen Lage. Die Konferenz kam zu folgendem einstimmigen Beschluß:

„Die Vertreter des Gewerk-Vereins Deutscher Metallarbeiter H. D. bedauern außerordentlich den Ausgang der Lohn- und Arbeitszeitbewegung, welche durch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers nunmehr auf gesetzlichem Wege zwangsläufig zur Entscheidung gebracht ist. Die Konferenz erblickt in der Verbindlichkeitserklärung eine zu starke Begünstigung der Großeisen-Industrie, wodurch die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Lohnarbeiter mit ihren unzulänglichen Verdiensten auf lange Zeit hinaus schwer in der Erhaltung ihrer Existenz bedroht bleiben. Für die Mitglieder des Gewerk-Vereins ergibt sich durch die jetzt geschaffene Rechtslage und die Stellung der anderen Metallarbeiter-Organisationen ein zwangsweises Vertragsverhältnis, dem sie sich nicht entziehen können. Die Konferenz-Teilnehmer verpflichten sich, in diesem Sinne aufklärend zu wirken."

Neue Mitglieder des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.

tu **Berlin**, 23. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat in den Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors Dr. Frick (Preußen) und des Staatsrats Dr. Rohmer (Bayern) den Ministerialrat Geheimen Regierungsrat Dr. Kügler (Preußen) und den Ministerialrat Dr. Ziegler (Bayern) berufen.

Weihnachtsbegnadigungen in Thüringen.

♂ **Weimar**, 23. Dez. Vom thüringischen Justizministerium sind auch in diesem Jahre wieder aus Anlaß des Weihnachtsfestes eine Reihe von Begnadigungen ausgesprochen worden. Es handelt sich im wesentlichen um Gefangene, deren Strafen demnächst ablaufen. Sie werden noch vor dem Feste auf freien Fuß gesetzt.

Die Belegung der Wohnungen mit Untermietern.

Auf Grund der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 veröffentlicht die Statistische Korrespondenz Ergebnisse über die Belegung der Wohnungen mit Untermietern für 29 Großstädte über 100 000 Einwohner (ohne Berlin).

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, waren im Durchschnitt dieser 29 Großstädte von sämtlichen bewohnten Wohnungen 81,9 Prozent von Haushaltungen bewohnt, die keinerlei Untermieter oder Mitbewohner aufgenommen hatten, so daß von sämtlichen Bewohnern noch 76 Prozent den Vorteil einer selbständigen abgeschlossenen Wohnung genossen, die sie mit keiner anderen fremden oder verwandten Personengruppe zu teilen brauchten. 6,7 Prozent dieser Wohnungen wurden nur von einer Einzelhaushaltung, d. h. nur von einer einzigen Person, bewohnt.

Von den mit Untermietern belegten Wohnungen werden zunächst diejenigen genannt, die zwar auch nur mit einer Haushaltung belegt waren, deren Haushaltung aber Untermieter ohne eigene Hauswirtschaft aufgenommen hatte. Diese können Einzelpersonen (Zimmerabmieter) oder Familien sein. Die Zahl der Wohnungen, deren Haushaltungen nur Einzelpersonen als Untermieter aufgenommen hatten, betrug in den genannten Städten im ganzen 8,1 Prozent der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen. Wesentlich kleiner war die Zahl der Wohnungen, deren Haushaltungen Familien aufgenommen hatten, nämlich 2,4 Prozent der Gesamtzahl. In manchen Wohnungen dieser Art waren sogar mehr als eine Familie aufgenommen.

Von den Wohnungen mit nur einer Haushaltung werden die Wohnungen mit mehreren Haushaltungen unterschieden Es handelt sich hier um Wohnungen, in denen mehrere eine eigene Hauswirtschaft führende Bewohnergruppe vorhanden waren. In den 29 Städten waren 7,1 Prozent aller bewohnten Wohnungen mit zwei Haushaltungen belegt. Auch von diesen Haushaltungen waren teilweise noch Familien ohne eigene Hauswirtschaft aufgenommen. Die Zahl der Bewohner in diesen Wohnungen betrug 10,7 Prozent der Gesamtbewohnerzahl. Die Zahl der Wohnungen mit zwei Haushaltungen war also rund dreimal so groß wie die Zahl der Wohnungen mit nur einer Haushaltung, aber mit aufgenommenen Familien. Wesentlich kleiner war die Zahl der Wohnungen mit drei und mehr Haushaltungen, nämlich 0,5 Prozent der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen. Auch in diesen Wohnungen waren noch aufgenommene Familien ohne eigene Hauswirtschaft vorhanden Die Gesamtzahl der Bewohner dieser Wohnungen betrug 1,1 Prozent der Gesamtbewohner.

Die absoluten Gesamtzahlen der in den mit Untermietern belegten Wohnungen vorhandenen Personengruppen ohne selbständige Wohnung waren in den 29 Großstädten folgende: Aufgenommene Familien wurden im ganzen 47975 festgestellt, von den 21253 oder fast die Hälfte drei und mehr Köpfe hatten. Zweite und weitere Haushaltungen waren im ganzen 149 353 vorhanden, oder 7,5 Prozent sämtlicher 1 989 330 Haushaltungen. Von diesen 149 353 Haushaltungen ohne selbständige Wohnungen bestanden 9 836 aus nur einer Person, während bei 76 279 die Familie des Haushaltungsvorstandes allein, also ohne etwa aufgenommene Familien oder Einzelpersonen, aus drei und mehr Köpfen bestand. Beide Gruppen zusammen, Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung, ergaben 197 328 Einheiten, darunter hatten 97 532 oder rund die Hälfte drei und mehr Köpfe Hiernach entfielen auf je 100 bewohnte Wohnungen 10,7 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung, von denen 5,3 solche mit drei und mehr Köpfen waren. Man wird sich jedoch bei einer Beurteilung des Wohnungsmangels auf Grund dieser Zahlen vor Augen halten müssen, daß die durch die Zählung ermittelten Untermietergruppen sicherlich nicht sämtlich aus Gründen eben dieses Mangels auf eine selbständige Wohnung verzichtet haben. Bei einem Teil von ihnen wird das Zusammenwohnen mit anderen Haushaltungen entweder den eigenen Wünschen entsprechen oder durch andere, z. B. finanzielle Gründe bedingt sein. Hierfür fehlt aber jede zahlenmäßige Unterlage. Auf der anderen Seite muß jedoch bedacht werden, daß unter den gezählten Wohnungen sich eine ganze Anzahl von Notwohnungen befinden, die möglichst bald ersetzt werden müssen und daher den Wohnungsbedarf erhöhen.

Die Neubauwohnungen — als solche wurden alle nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohnungen gezählt — waren nur etwa halb so stark mit Untermietern belegt wie die anderen Wohnungen.

Schulfriede in Osterode.

Die katholische Schule wird errichtet.

In der Frage der Einrichtung der katholischen Volksschule in Osterode ist in diesen Tagen durch den Provinzialrat in Königsberg eine bedeutsame Entscheidung gefallen. Der Provinzialrat hat die Beschwerde der Stadtverordnetenversammlung von Osterode über den Beschluß des Bezirksausschusses in Allenstein vom 25. Oktober d. J. abgewiesen.

Zum Verständnis der Bedeutung dieser Entscheidung des Provinzialrats ist ein kurzer Rückblick auf den Gang der Dinge notwendig. Im August dieses Jahres machte der Magistrat von Osterode — auf Grund erfolgreicher Verhandlungen des Bürgermeisters Kühn mit der Regierung in Berlin — der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die ein großes Programm für den Ausbau des Osteroder Schulwesens mit erheblicher staatlicher Unterstützung vorsah. Gleichzeitig war in der Magistratsvorlage die Einrichtung einer katholischen Volksschule und die Zurückziehung der Berufung gegen den Beschluß des Bezirksausschusses (über den Charakter der Osteroder Volksschulen als konfessionell evangelischer Schulen und die Verpflichtung zur Einrichtung einer katholischen Schule nach § 39 V. U. G.) mitenthalten. Letzteres war Bedingung der preußischen Regierung für ihre Beihilfe zum Osteroder Schulprogramm gewesen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 17. August wurde die Magistratsvorlage abgelehnt. Am 20. September lehnte die Versammlung auch eine Verhandlung zur Einigung mit dem Magistrat auf Grund des § 36 St. O. ab, worauf der Osteroder Magistrat den Bezirksausschuß in Allenstein anging, die fehlende Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung durch seinen Beschluß zu ersetzen. Das geschah durch den Bezirksausschuß am 25. Oktober, der die Frage des Schulcharakters in Osterode nicht erneut zu prüfen hatte, sondern lediglich aus finanziellen Erwägungen heraus die Vorlage des Magistrats in Osterrode billigte. Am 10. November kam in einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung in Osterode dieser Beschluß des Bezirkausschusses zur Behandlung. Es wurde beschlossen, beim Provinzialrat Beschwerde einzulegen. Diese Beschwerde ist nun am vergangenen Samstag abgewiesen worden. Der Beschluß des Provinzialrats ist endgültig.

Damit gilt die Vorlage des Magistrats in Osterode über das Schulprogramm einschließlich der Einrichtung der katholischen Schule und der Zurückziehung der ersten Beschwerde beim Provinzialrat als rechtsgültig beschlossen. Und da an der Bereitwilligkeit des Magistrats, die Beschlüsse auszuführen, kein Zweifel besteht, darf wohl jetzt die Osteroder Schulfrage als endgültig erledigt betrachtet werden.

Aus aller Welt.

Auffindung gesunkener deutscher U-Boote.

In der Nähe von Windau (Lettland) fanden Fischer in ihren Netzen sechs Schädel und verschiedene Überreste menschlicher Gerippe. Dieser Fund führte zu der Entdeckung zweier während des Krieges vor dem Windauer Hafen nach einem Zusammenstoß gesunkener deutscher U-Boote Trotzdem bei der Katastrophe drei Überlebende gerettet wurden, konnte niemals ein Spur der gesunkenen Fahrzeuge festgestellt werden. Nunmehr fanden Taucher an der Stelle, an der die Fischer ihren schaurigen Fang machten, die beiden Boote in einer Wassertiefe von 125 Fuß. Sie berichten, daß die U-Boote nur wenig beschädigt seien, und die lettländische Regierung beabsichtigt, die Fahrzeuge heben zu lassen.

Der Bau eines Seehafens in Dirschau beschlossen.

tu **Warschau**, 23. Dez. Die polnische Regierung hat jetzt endgültig den Bau eines Seehafens für den Holzexport in Dirschau beschlossen und im Budget für das Jahr 1928 eine Million für diesen Zweck vorgesehen.

Vertrauensvotum für Poincaré in der Kammer.

tu **Paris**, 23. Dez. In der Kammer interpellierte heute ein kommunistischer Abgeordneter die Regierung über die Löhne der Verbauarbeiter. Poincaré stellte die Vertrauensfrage auf Vertagung der Interpellation, die mit 390 gegen 149 Stimmen angenommen wurde.

Bukarest dementiert die Gerüchte über eine Regierungskrise.

tu **Paris**, 23. Dez. Nach einer Agenturmeldung aus Bukarest werden dort alle Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrise energisch dementiert. Im Gegenteil habe Ministerpräsident Bratianu in der letzten Vertammlung der Parlamentsmehrheit ein breites Arbeitsprogramm entwickelt.

Das Parlament hat das Haushaltsgesetz verabschiedet und sich einem Vertrauensvotum für die Regierung vertagt.

Mellon über die Stabilisierung der Lira.

tu **Paris**, 23. Dez Wie aus Washington gemeldet wird, gaben Staatssekretär Mellon und der Aufsichtsrat der Federal Reserve Banc der Auffassung Ausdruck, daß die Stabilisierung der italienischen Lira das Vorspiel für eine gleiche Stabilisierung des französischen Franken sein könnte. Mellon ist der Ansicht, daß die von Italien ergriffenen Maßnahmen es keineswegs notwendig machen werden, eine größere Menge von Gold aus den Vereinigten Staaten auszuführen. Die Geschäfte würden unter der Maßnahme nicht zu leiden haben, da man in Bankkreisen schon seit einiger Zeit über die bevorstehende Stabilisierung der italienischen Währung unterrichtet gewesen sei. Der Vizegouverneur der Federal Reserve Banc macht weiter darauf aufmerksam, daß Spanien über einen ausreichenden Goldvorrat verfüge, um die Goldwährung jeden Augenblick einführen zu können.

Demnächst auch gesetzliche Stabilisierung des französischen Franken?

≙ **Newyork**, 23. Dez. In Wallstreetkreisen spricht man davon, daß die französische Regierung die Goldansammlungenankäufe in Newyork soweit zu bringen gedenke, daß Frankreich die Möglichkeit habe, im ersten Viertel 1928 zum Goldstandard zurückzukehren.

Der schweizerische Bundesrat gegen die Zulassung eines offiziellen russischen Beobachters beim Völkerbund.

tu **Basel**, 23. Dez Der Schweizerische Bundesrat beschäftigte sich heute mit der Frage, ob in Genf die Niederlassung eines russischen Vertreters als Beobachter beim Völkerbund zulässig sei. Der Bundesrat sprach sich dahin aus, daß die Errichtung einer offiziellen oder offiziösen Vertretung mit einem Büro unbedingt abgelehnt werden müsse, da zwischen der Schweiz und Rußland die Beziehungen weder de facto noch de jure aufgenommen worden seien. Dagegen erklärte sich der Bundesrat damit einverstanden, daß ein russischer Journalist beim Völkerbund als Pressevertreter akkreditiert wird. Die Schweizerischen Organe im Auslande wurden zur Visumserteilung für den Journalisten ermächtigt. Der Bundesrat fügte aber hinzu, daß es sich bei ihm nicht um einen Beobachter mit offiziellem oder offiziösem Charakter handeln dürfe.

Mordanschlag auf einen Redakteur in Warschau.

tu **Warschau**, 23. Dez. Auf den Redakteur der „Gazeta Warszawska Poranna", Nowaczynski, ist heute abend von drei unbekannten Personen, von denen die eine als Polizist gekleidet war, ein Mordanschlag verübt worden. Als der Redakteur sein Haus betreten wollte, wurde er von drei Unbekannten angehalten und ihm erklärt, daß er wegen eines kürzlich veröffentlichten Artikels sofort auf die Polizei kommen müsse. Darauf fuhren die drei Männer mit dem Redakteur in einem Auto bis zur Stadtgrenze, schleppten ihn in eine abgelegene Gegend und verprügelten ihn bis zur Bewußtlosigkeit. Darauf versuchten sie, ihn in einem Teiche zu ertränken, wurden aber im letzten Augenblick durch hinzukommende Personen daran gehindert. Die Attentäter flüchteten. Der Redakteur hat schwere Verletzungen an Kopf, Brust und Beinen erlitten. Ferner wurde ihm ein Auge ausgeschlagen.

Über die Motive der Tat ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß es sich um die ersten Anzeichen des beginnenden Wahlterrors in Polen handelt, zumal der Redakteur in der letzten Zeit durch verschiedene Artikel hervorgetreten war.

Das Schicksal der englischen Gebetbuchvorlage.

tu **London**, 23. Dez. Die Entscheidung der Bischöfe, die Vorlage zu einer Revidierung des gegenwärtigen Gebetbuches vor das Unterhaus zu bringen, wird eine sehr bedeutende Verzögerung in der Durchführung neuer gesetzgeberischer Maßnahmen zur Folge haben. Die Erzbischöfe und Bischöfe werden am 11. Januar in London zusammentreten, um neue Vorschläge auszuarbeiten, die dem Unterhaus die Annahme des revidierten Gebetbuches ermöglichen sollen. Im Februar wird eine Aussprache und eine Abstimmung über die neuen Vorschläge in beiden Häusern der Kirchenversammlung stattfinden. Von März bis Juli werden Ergänzungsvorschläge beraten werden und frühestens Ende Juli wird die allgemeine Kirchenversammlung den neuen Entwürfen zustimmen können. Dem Parlament werden die neuen Vorschläge des Kirchenkomitees kaum vor dem nächsten November zugeleitet werden können, so daß die Einführung des neuen Gebetbuches nicht vor dem 1. Januar 1929 möglich ist. Inzwischen machen sich auf Seiten der Opposition Tendenzen bemerkbar, der Kirche ihre Maßnahmen zu erleichtern, wenn sie in der Frage der heiligen Kommunion von radikalen und für die Opposition unannehmbaren Änderungen des gegenwärtigen Zeremoniells absieht.

Die Lage in Südchina.

tu **Peking**, 23. Dez. **(Kabeldienst der Telunion.)** Die Übernahme des Schutzes sowjetrussischer Interessen in Südchina durch Deutschland wird in chinesischen Kreisen der verschiedenen Richtungen als ein diplomatischer Höflichkeitsakt angesehen, dem keine politische Bedeutung zukomme.

Die Gesamtzahl der in Südchina in Haft befindlichen russischen Konsulatsbeamten wird nach Meldungen aus Schanghai mit etwa einhundert angegeben. Die Beamten des sowjetrussischen Konsulates in Schanghai werden am morgigen Samstag abreisen. Das Schicksal der in Hankau und Kanton Verhafteten ist dagegen noch ungewiß, da die örtlichen Militärmachthaber die Freilassung verweigern. In Hankau und Kanton ist die Lage noch immer ungeklärt. Aus Hankau kommen Meldungen über neue Kommunisten-Hinrichtungen. Tschiangkaischek konzentriert zur Zeit um Nanking Truppen, die angeblich zu einem Vorstoß gegen Kanton angesetzt werden sollen.

Rußland bricht die Handelsbeziehungen mit China ab.

tu **Kowno**, 23. Dez. **(Tel.)** Wie aus Moskau gemeldet wird, besagt eine Mitteilung von Regierungsseite, daß die Sowjetregierung nicht die Absicht habe, militärische Maßnahmen gegenüber China einzuleiten. Dagegen soll zunächst der Handelsverkehr mit China eingestellt werden

tu **Kowno**, 23. Dez. Nach Meldungen aus Moskau hat die Sowjetregierung den russischen Schiffen im Stillen Ozean heute telegraphisch die Weisung erteilt, das Anlaufen von südchinesischen Häfen zu unterlassen. Den chinesischen Schiffen steht das Anlaufen russischer Häfen dagegen frei.

Vorläufig keine Anwendung des Antidumping-Gesetzes gegen die deutsche Stahleinfuhr in Amerika.

tu **Newyork**, 23. Dez. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Mellon erklärt, daß die amerikanischen Maßnahmen gegen die deutsche Stahleinfuhr, wie eine eingehende Untersuchung ergeben habe, nicht gerechtfertigt seien. Unter diesen Umständen komme vorläufig eine Anwendung des Antidumpinggesetzes nicht in Frage.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 24. Dezember.

o **Vom Landgericht.** Staatsanwalt Windhausen wurde zum Staatsanwaltschaftsrat beim Landgericht in Duisburg ernannt. Er tritt seine Stelle am 1. Januar 1928 an.

○ **Zum Wochenspielplan des Theaters der Stadt Münster.**

Am ersten Weihnachtsfeiertage spielt das Theater zu Preisen 2 Pfitzners Oper „Das Christ-Elflein". Die Vorstellung beginnt bereits um 17 Uhr und dürfte deshalb zeitlich sehr günstig liegen, um auch Kinder mit ins Theater zu nehmen. Der zweite Weihnachtsfeiertag bringt die Erstaufführung der neu einstudierten und ausgestatteten romantischen Zauberoper „Undine" von Albert Lortzing. Die musikalische Leitung hat anstelle des plötzlich erkrankten Kapellmeisters Kaltenborn der Kapellmeister Gustav Schlemm übernommen. Die Regie besorgte Hans Nikolaus Mang, die Bühnenbilder sind nach Angaben von H. N. Mang durch Karl Busch entworfen und ausgeführt. Die Hauptpartien singen die Damen Else Kaethner (Bertalda), Aggy Hellendorf (Undine), Friedel Beckmann (Marthe), sowie die Herren Hubert Franz (Ritter Hugo), Josef Ler (Kühleborn), Jacques Fresko (Pater Heilmann), Julius Kiefer (Tobias), Werner Schnicke (Veit) und Josef Grimberg (Kellermeister). Die Vorstellung beginnt um 19 Uhr. Preise 4. Am Dienstag wird nachmittags zu Preisen 1 das Weihnachtsmärchen „Im Zauberreich des Hutibraß" wiederholt, abends im Abonnement A das Schauspiel „Der Patriot" von Neumann. Im Mittwochs-Abonnement steht die erste Wiederholung der Oper „Undine". Am Donnerstag wird nachmittags zu Preisen 2 die Oper „Christ-Elflein" gespielt, abends im Abonnement C das Schauspiel „Überfahrt". Am Freitag erhalten die Mitglieder des Abonnements D den Schwank „Logenbrüder". Samstag geht als Silvestervorstellung „Olly Polly" in Szene. Die Vorstellung beginnt bereits um 18,30 Uhr. Preise 4. Anschließend beginnt um 21,00 Uhr in der Stadthalle der Silvesterball der Solomitglieder des Stadttheaters. Die Eintrittskarten zum Silvesterball kosten 3,00 Mark. Am Neujahrstag wird abends um 18,00 Uhr als Fremdenvorstellung „Undine" gegeben, am 2. Januar um 18,00 Uhr nochmals zu Preisen 2 die Oper „Christ-Elflein".

= Rentenzahlung für Januar 1928.

Die Postanstalten zahlen die Militärversorgungsgebührnisse für Januar 1928 ausnahmsweise bereits vom 28. Dezember an aus. Ebenso werden die Unfall- und Invalidenrenten für Januar 1928 bereits an einem Tage im Dezember ausgezahlt, der von jeder Postanstalt durch Aushang an den Zahlstellen bekanntgegeben wird. Den Rentenempfängern wird empfohlen, sich rechtzeitig über den für sie in Betracht kommenden Zahltag zu unterrichten. Zur ordnungsmäßigen Abwicklung des Rentenzahlverkehrs ist es notwendig, daß die Empfänger ihre Januarbezüge an den von der zuständigen Postanstalt festgesetzten Zahltagen abheben.

❑ **Aus der Westfälischen Zentrumspartei.**

Freitag, den 23. Dezember tagte zu Münster der Vorstand der Westfälischen Zentrumspartei unter dem Vorsitz des Reichs- und Landtagsabgeordneten Landesökonomierat Herold. In eingehender und offener Aussprache nahm man zu den politischen Fragen, wie überhaupt zu den gesamten innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. In ausführlicher Weise wurden auch in Rücksicht auf die kommenden Wahlen Organisationsfragen besprochen. Der Vorstand der WZP. beschloß, für Sonntag, den 5. Febr. 1928 nach Hamm den Provinzialparteitag der Westfälischen Zentrumspartei einzuberufen, der als Auftakt der Westfälischen Zentrumspartei für die kommenden Wahlen anzusprechen ist.

Aus den Provinzen.

o **Bentelser,** 23. Dez. (Maskierte Räuber.) Am Sonntagabend, dem 25. September d. Js., drangen maskierte Räuber gegen Abend um 9 Uhr in das Wohnhaus des Landwirts Josef Hunke ein. Mit vorgehaltenen Pistolen verlangten sie die Herausgabe von Geld. Aber durch das tapfere Verhalten des Hausherrn wurden die Räuber veranlaßt, zu flüchten. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf den ehemaligen Knecht Rudolf J., dessen Schuld sich jedoch vor dem Schöffengericht in Münster nicht nachweisen ließ. Er wurde freigesprochen.

⊖ **Ibbenbüren,** 23. Dez. (In der gestrigen Sitzung der Amtsvertretung) wurde zunächst die Rechnung der Amtskasse von 1926 abgenommen und dem Rendanten Entlastung erteilt. Zwecks Verminderung der Wohnungsnot wurde beschlossen, von dem Angebot der Gemeinnützigen Akt.-Ges. für Angestellten-Heimstätten auf Bau von Wohnungen für Angestellte Gebrauch zu machen, wenn nun gewisse Unstimmigkeiten aufgeklärt werden. Von diesen Wohnungen erhalten die der Reichsversicherungsanstalt angeschlossenen Versicherten 70 Prozent, die übrigen Wohnungssuchenden 30 Prozent. In der dann darauf folgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde folgendes beschlossen: Für die nächste dreijährige Wahlperiode wurde als Schiedsmann der Kaufmann August Dorfmüller, als Stellvertreter der Lagerist Wilhelm Kötting gewählt. Die Rechnung der Stadtkasse von 1926 wurde abgenommen und dem Rendanten Entlastung erteilt. Verschiedene Grundstücke, die seinerzeit beim Kreisstraßenbau von Ibbenbüren nach Ledde bzw. Brochterbeck abgetreten, aber noch nicht aufgelassen worden sind, können nachträglich aufgelassen werden. Eine lebhafte Debatte entspann sich dann wegen der Änderung der Fluchtlinie der Verbindungsstraße zwischen Ring- und Poststraße. Die evangelische Kirchengemeinde beabsichtigt hier ein Altersheim zu bauen und sie wünscht die Straßenfluchtlinie so verlegt, daß ihre Grundstücke möglichst wenig durchschnitten werden. Nach langer Beratung wurde beschlossen, die Fluchtlinie an der Besitzung Krusemeier vorbei in gerader Richtung zur Poststraße verlaufen zu lassen. Die Breite der Straße soll zehn Meter betragen. Einen breiten Raum der Sitzung nahm dann die Angelegenheit betr. Beschaffung eines Motorsprengwagens mit Kehrmaschine und Feuerlöschwagen ein. Vom 1. April 1928 ab werden die Anlieger derjenigen Straßen der Stadt Ibbenbüren, die vorwiegend dem inneren Verkehr dienen, von der Straßenreinigungspflicht entbunden und geht die Reinigungspflicht auf die Stadt über. Für diesen Zweck wird ein Automobilsprengwagen, verbunden mit einer Kehrmaschine angeschafft. Gleichzeitig ist dieser Motorwagen auch für Feuerlöschzwecke eingerichtet. Für die den Anliegern abgenommene Reinigungspflicht sind an die Stadtkasse zu zahlen bei 50 Quadratm. Reinigungsfläche 0,50 Mk, bei 100 Quadratm. 0,45 Mk., bei 200 Quadratm. 0,40 Mark, bei 300 Quadratm. 0,35 Mark, bei 450 Quadratm. 0,30 Mark, bei 650 Quadratm. 0,25 Mark pro Jahr und Quadratmeter.

⚘ **Aus dem Kreise Lüdinghausen,** 22. Dez. (Der Allgemeine Deutsche Jagdschutzverein,) Bezirk 5, Kreis Lüdinghausen, hielt Mittwoch in Nordkirchen eine leider schlecht besuchte Versammlung ab, in der zwei Herren gewählt wurden, die zur Teilnahme an der Hauptversammlung in Berlin delegiert werden sollen, wenn der Landesverein sie auslost. Es wurden bestimmt der Vorsitzende Becker-Lüdinghausen und Amtmann Determeyer-Herbern. Hierauf hielt Senatspräsident Seibert einen Vortrag: „Rechte und Pflichten des weidgerechten Jägers und richtiges Verhalten gegenüber Wilderern und frei jagenden Hunden". Aus dem Vortrag ging hervor, daß es besonders beim Verhalten Wilderern gegenüber in der Theorie meistens anders ist als in der Praxis. Der Schnellste ist aber immer im Vorteil. Nach dem Vortrage fand ausgiebige Aussprache statt. Hierauf wurde dem Hegemeister Ribbekamp-Drensteinfurt für 50jährige treue Dienstzeit durch Major Rimpau als Vertreter des Fürsten von Salm-Horstmar, Vorsitzenden des Landesvereins Westfalen, mit einer feierlichen Ansprache ein Ehrenhirschfänger überreicht. Zum Schluß wurde beschlossen, die nächste Versammlung im Laufe des Sommers 1928 wieder in Nordkirchen bei Lücke abzuhalten.

○ **Neubeckum,** 21. Dez. (Des Kindes Schutzengel.) Der Knecht eines hiesigen Fuhrwerksbesitzers hatte zwei beladene Bockkarren mit Kohlen aneinandergekoppelt. Beim Fahren setzten sich Schulkinder immer auf die Deichsel des zweiten Wagens, trotzdem sie der Knecht mehrfach heruntergejagt hatte. Dabei kam ein Kind zu Fall und geriet nur unter das Vorderrad der Karre, da der Knecht die Pferde sofort zum Halten bringen konnte, und das Hinterrad das Kind nur eben berührte. Das Kind wurde ins Krankenhaus gebracht, lief aber schon nach wenigen Stunden wieder munter herum. Es hatte keine Verletzungen oder sonstige Beschwerden davongetragen.

w **Ahlen,** 23. Dez. (Diebstahl eines Angestellten.) Bei einer hiesigen Lederfirma war der Lagerist Fritz G. angestellt. Er sollte im Laufe einiger Jahre eine große Menge Schuhe, Sohlen, einzelne Schuhteile, sowie eine Schuhmachernähmaschine seiner Firma entwendet und seinem Vater in Poggenhagen, Kr. Rinteln, zur Aufbewahrung übersandt haben. Einen Teil der Sachen fand man bei einer Haussuchung bei dem Vater in Poggenhagen und bei einem Schwager des G., dem Arbeiter Karl M. in Deckbergen. Vor dem Schöffengericht in Münster, wo sich die drei Personen wegen Diebstahls bzw. Hehlerei verantworten mußten, leugnete G den Diebstahl, vielmehr wollte er die gefundenen Sachen bei einer anderen Firma nach und nach käuflich erworben haben. Das Gericht sah nur den Lageristen Fritz G. als schuldig an und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

⚒ **Liesborn,** 22. Dez. (Die Fleischwarenfabrik Berlinghoff u. Nienaber G. m. b. H.,) die sich in Konkurs befindet, wurde auf Betreiben des Hypothekengläubigers, der Dresdener Bank Beckum, zwangsversteigert. Der frühere Gesellschafter, Gutsbesitzer Berlinhoff-Lange in Diestedde, hat die Fabrik für 3100 Mark ersteigert. Mit zu übernehmen sind 12 000 Mark Aufwertungshypothek. Es wäre zu begrüßen, wenn die Fabrikation wieder aufgenommen würde, besonders im Interesse der Landwirtschaft und auch der Gemeinde, da wöchentlich 150 Schweine geschlachtet werden können.

⚒ **Herbern,** 22. Dez. (Wieder ein Veteran von 1870/71 dahingegangen,) Ferdinand Vertgevall, einer der eifrigsten im Kriegerverein. Als 81jähriger hat er es sich nicht nehmen lassen, noch am diesjährigen Kriegerverbandsfeste in Senden teilzunehmen. Jetzt leben hier noch fünf Altveteranen, darunter als ältester der 87jährige Rentner Th. Koch, Mitkämpfer von 1864 1866 und 1870/71.

⊖ **Dortmund,** 21. Dez. (Zu dem Auto-Absturz,) über den wir in Nr. 1326 des „Münst. Anz." berichteten, erfahren wir noch: Als der Fahrer das Unglück übersehen konnte, wollte er sich von der Möllerbrücke auf das Eisenbahngleis stürzen und sich von einem Eisenbahnzug überfahren lassen. Er konnte aber daran gehindert werden. Über den Unfall selbst verlautet weiter, daß das fragliche Auto das Dienstauto des Polizeipräsidenten war. Der Chauffeur hatte den Präsidenten zum Hauptbahnhof gebracht und hatte dann mit drei Damen und einem Herrn, eine sogenannte Schwarzfahrt angetreten, wobei der Absturz an der Möllerbrücke passierte. Bei dem schweren Sturz konnte es nicht wundernehmen, daß die Verletzungen der Beteiligten sehr schwerer Natur sind. Der mitfahrende Herr hat nur verhältnismäßig leichte Kopfverletzungen davongetragen. Der Chauffeur ist schwerer verletzt. Am schlimmsten wurde ein Frl. Rehage betroffen. Sie hat einen siebenfachen Beckenbruch, eine Blasenzerreißung und andere Verletzungen davongetragen. Die anfänglich von ihr verweigerte Operation wurde Donnerstag früh durchgeführt, doch hegt man wenig Hoffnung, sie dem Leben zu erhalten. Eine Frau Schlimmelfelder hat einen Oberarmbruch und eine Gehirnerschütterung und ein Frl. Schlimmelfelder eine Gehirnerschütterung davongetragen. Der Zustand der beiden letztgenannten Damen ist ernst, aber nicht lebensgefährlich.

⊖ **Neudersum,** Kr. Alschendorf, 22. Dez (Bandenschmuggel.) Vor dem erweiterten Schöffengericht in Meppen hatten sich heute der Landwirt Bern. Schulte und dessen Töchter Maria und Anna aus Neudersum, sowie die Ehefrau Marg. Kop, deren Tochter Maria und deren Sohn Gerhard aus Dörpen (Ems) zu verantworten. Bern. Sch. und Töchter waren beschuldigt, 12½ Klg. Kaffee und ein schwarzbuntes Rind gemeinschaftlich aus Holland nach Deutschland eingeschmuggelt zu haben; außerdem war Bern. Sch beschuldigt, allein ein rotbuntes Rind aus Holland nach Deutschland eingeschwärzt zu haben. Der Ehefrau Marg. K., deren Tochter Mari auund deren Sohn Gerhard wurde zur Last gelegt, bei der Einfuhr des schwarzbunten Rindes dem Täter wissentlich Beistand geleistet zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen, indem sie bei ihren zollamtlichen und gerichtlichen Vernehmungen die unwahre Schutzbehauptung der beschuldigten Maria Sch., sie sei in der betr. Nacht bei ihnen gewesen, bestätigten. Das Verfahren gegen Angeklagten Maria und Anna Sch. wurde abgetrennt, da diese nach Holland geflüchtet sind. Als Rebenkläger trat das Hauptzollamt Leer (Ostfrsl.) auf. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wurde Bern. Sch. in allen Teilen als überführt angesehen, trotzdem er hartnäckig leugnete, während der Ehefrau Marg. K, deren Tochter Maria und deren Sohn Gerhard eine Begünstigung nicht nachgewiesen werden konnte. Bern Sch. ist bereits erheblich mit Gefängnis vorbestraft und den Zollbehörden als berüchtigter Schmuggler seit Jahren bekannt. Das Gericht fällte folgendes Urteil: „Der Angeklagte Bern. Sch. wird kostenpflichtig verurteilt: 1. wegen Defraudation und Konterbande in je einem Falle, zugleich begangen im Rückfalle und als Bandendefraudation bzw. Bandenkonterbande zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis, ferner im Falle der Defraudation zu einer Geldstrafe von 130 Mark und im Falle der Konterbande zu 1080 Mark, ferner wegen Vergehens gegen § 74 des Viehseuchengesetzes zu 100 Mark; 2. wegen Konterbande in einem weiteren Falle, zugleich begangen im Rückfalle zu 800 Mark und wegen Vergehens gegen § 74 des Viehseuchengesetzes zu 100 Mark; 3. zum Wertersatz des am 13. 4. 27 defraudierten Kaffees in Höhe von 45 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle anstelle der Geldstrafen für je 50 Mark zu 1 Tag Gefängnis, wobei der nicht durch 50 teilbare Betrag wegfällt. Die beiden Rinder sind einzuziehen. Die Ehefrau Marg. K., die Haustochter Maria K. und der Hausohn Gerh. K. werden kostenlos freigesprochen.

⊖ **Calcar,** 22. Dez (Diamantenes Priesterjubiläum.) Am Mittwoch konnte Pfarrer a. D. Peter Meusen sein diamantenes Priesterjubiläum begehen. Der Jubilar wurde 1893 als Pfarrer nach Düsselward berufen, wo er 1917 sein goldenes Priesterjubiläum und ein Jahr später sein 25jähriges Ortsjubelfest feiern konnte. Im Oktober 1921 trat er als 79jähriger in den wohlverdienten Ruhestand.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Welt braucht deutsche Maschinen!

90 deutsche Lokomotiven für Südafrika. — Weitere große Auslandsbestellungen zu erwarten. — Was die deutsche Maschinenindustrie verbraucht. — 187 000 Eisenbahnwaggons voll Eisen. — Jährlich für drei Milliarde Mark Maschinen.

Die südafrikanische Union hat, wie wir bereits im Handelsteil Nr. 1324 des M. A. kurz berichteten, zur allgemeinen Überraschung einen großen Lokomotiven-Auftrag nicht der britischen Industrie überschrieben, sondern deutsche Angebote bevorzugt.

Die deutsche Wirtschaft, die trotz dem Aufschwung im letzten Jahr immer wieder vor der Gefahr einer neuen Krise steht, hat einen vollen Erfolg zu verzeichnen; die südafrikanische Union hat soeben in Deutschland den Bau von 90 Lokomotiven bestellt. Das ist ein Auftrag im Werte von 565 000 Pfund Sterling, also von mehr als 11 Millionen Mark; für die sechs Lokomotivfabriken, die die Maschinen liefern sollen, eine große Bestellung — aber für die gesamte deutsche Maschinenindustrie wäre ein solches Ereignis nicht übermäßig wichtig, wenn es nicht zu symptomatischen Rückschlüssen berechtigen würde. Das deutsche Angebot war nämlich um 25 Prozent billiger als die niedrigste englische Offerte, und die deutschen Fabriken haben dennoch versprochen, qualitativ bessere Lokomotiven zu liefern. Englische, amerikanische, französische, belgische und italienische Unternehmen haben sich gleichzeitig bemüht, den Auftrag zu erhalten, und es besteht kein Zweifel, daß das britische Dominion bestrebt gewesen ist, den englischen Firmen die Bestellung zuzuschanzen — wenn sie eben konkurrenzfähig gewesen wären. Es ist also die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß dieser Teil der deutschen Maschinenindustrie sich recht zweckmäßig rationalisiert hat und leistungsfähiger ist als alle entsprechenden ausländischen Unternehmen.

Nur elf deutsche Betriebe beschäftigen sich mit dem Bau von Lokomotiven; in ihnen arbeiten 2 150 Personen. Das ist ein geringer Bruchteil der Betriebe und der Arbeiterzahl, die den gesamten deutschen Maschinenbau bilden. In dieser mächtigen Industrie gibt es nämlich rund 16 000 Betriebe, in denen ungefähr reichlich Million Menschen beschäftigt werden; die jährliche Produktion der deutschen Maschineninduftrie hat einen Wert von annähernd drei Milliarden Mark. Dieser bedeutende Wirtschaftszweig, dessen Leistungen in der ganzen Welt als vorbildlich anerkannt werden, ist zum großen Teil auf die Ausfuhr angewiesen. Im vorigen Jahre hat Deutschland für ungefähr 800 Millionen Mark Maschinen exportiert, davon allerdings nur für 22 Millionen Mark Dampflokomotiven. Der südafrikanische Auftrag ist also halb so groß wie die ganze Lokomotivausfuhr von 1926, die freilich etwas kleiner als der Export von 1925 war. Vor zwei Jahren hat Deutschland nämlich dem Ausland für mehr als 27 Millionen Mark Lokomotiven verkauft. Der beste Kunde war in beiden Jahren Brasilien mit jedesmal 11 Millionen Mark.

Vor dem Kriege hat Deutschland für 55 Millionen Mark Lokomotiven jährlich ausgeführt. Der Rückgang, der seitdem eingetreten ist, ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß die deutschen Firmen etwas zu teuer gewesen wären oder aus politischen Gründen nicht berücksichtigt wurden; es läßt sich vielmehr statistisch nachweisen, daß in allen beteiligten Ländern die Ausfuhr solcher Maschinen, deren Kauf sehr viel Kapital beansprucht, besonders stark zurückgegangen ist. Die Lokomotivindustrie ist in Deutschland nun in der Hauptsache dadurch notleidend geworden, daß die Reichbahn in der letzten Zeit weniger Bestellungen vergeben hat und damit den Fabriken der beste Kunde entzogen wurde. Der südafrikanische Auftrag ist also in doppelter Beziehung erfreulich: er enthebt die deutschen Betriebe der Notwendigkeit, Arbeiter zu entlassen, und zeigt ferner an, daß sich gerade der Teil der Maschinenindustrie, der am meisten unter den Nachwirkungen der Kriegszeit litt, wieder einen Teil des Weltmarktes zurückerobert hat. Eine große Münchener Lokomotivenfabrik hat sich durch die neue Bestellung, durch russische, indische und schließlich auch deutsche Aufträge in die glückliche Lage versetzt gesehen, für das Jahr 1928 schon jetzt keine neuen Bestellungen mehr annehmen zu können. Dabei ist zu erwarten, daß Anfang Januar ein weiterer Auftrag der südafrikanischen Union einlaufen wird; in der ersten Woche nach Neujahr sollen nämlich weitere 39 Maschinen bestellt werden, und die deutschen Firmen scheinen auch für diese Submission die günstigsten Bedingungen gestellt zu haben.

Die Eisenbahnschau, die vor drei Jahren in dem kleinen Ort Seddin veranstaltet wurde, zeigte, zu welchen technischen Leistungen die deutschen Lokomotivfabriken fähig sind. In der letzten Zeit wurde auch wiederholt bekannt, daß die deutschen Firmen eine Reihe neuer, ganz besonders starker Typen herstellen, die zum Teil schon von der Reichsbahn erprobt werden. So hat die Firma Maffei, die zehn von den nach Südafrika zu liefernden Lokomotiven anfertigen soll, eine Turbinenlokomotive konstruiert, die 2500 Pferdekräfte besitzt. Krupp, der einen Auftrag über 26 Maschinen für Südafrika erhalten hat, baut ebenfalls eine Lokomotive mit 2500 Pferdekräften, die durch eine sinnreiche Kombination von Hochdruck- und Niederdruckturbinen eine Kohlenersparnis von 15 Prozent erzielt. Aber auch andere Unternehmen stehen technisch auf der Höhe. Die A. E. G. zum Beispiel stellt eine neue Lokomotive her, die mit Kohlenstaub gefeuert werden kann. Diese Maschine wird dem reisenden Publikum manche Annehmlichkeit bringen, da sie keinen Rauch entwickelt und also die Eisenbahnzüge nicht beschmutzen wird. Das Ausland verfolgt alle diese deutschen Verbesserungen natürlich ganz genau, und der neue Auftrag beweist, daß es den Fortschritten der deutschen Industrie auch seine Anerkennung zollt.

Jede gute deutsche Maschine, die ins Ausland verkauft wird, ist eine Propaganda für die deutsche Wirtschaft und führt zu weiteren Aufträgen, hebt also den Export und verbessert unsere Handelsbilanz, die sich vorläufig noch recht ungünstig stellt. Vor dem Kriege stand die deutsche Maschinenindustrie an erster Stelle auf dem Weltmarkt, da sie im Jahre 1913 29 Prozent der gesamten Weltmaschinenausfuhr lieferte. Großbritannien stand Deutschland aber nur wenig nach; es steuerte nämlich 28,4 Prozent für den Weltmarkt bei. Die Vereinigten Staaten, die jetzt mit 35 Prozent an der ersten Stelle stehen, mußten sich im Jahre 1913 noch mit dem dritten Platz begnügen, da sie nur 26,8 Prozent aller in den internationalen Handel gelangenden Maschinen herstellen. Deutschland und Großbritannien haben inzwischen einiges von ihrer Weltbedeutung eingebüßt und exportieren nur noch wenig mehr als je ¼ der Weltmaschinenausfuhr. Immerhin ist die Bedeutung der drei Länder zusammen genommen immer uner schüttert; sie beherrschten im Jahre 1913 85 und im vorigen Jahre rund 80 Prozent des Maschinenexportes der ganzen Welt. Es berechtigt zu guten Hoffnungen, daß der deutsche Anteil in der letzten Zeit wieder steigt.

Wie wichtig die deutsche Maschinenindustrie im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft ist, lehren einige Ziffern. Die Maschinenindustrie verbraucht jährlich die ungeheure Menge von 1,2 Milliarden Kilogramm Gußeisen, eine Quantität, zu deren Beförderung man 120 000 Eisenbahnwaggons braucht. Dazu kommen 500 Millionen Kilogramm Walzprofile und 170 Millionen Kilog ramm Schmiedestücke. Diese Eisenmengen besitzen einen Wert von mindestens 600 Millionen Mark, und um sie zu verladen, braucht man 187 000 Eisenbahnwaggons. Gute Geschäfte in der Maschineninduftrie haben also eine Hochkonjunktur in der Eisenerzeugung zur Folge. Man muß sich aber ferner vergegenwärtigen, daß auch andere Wirtschaftszweige mit der Maschineninduftrie auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Neben der dreiviertel Million Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt werden, verwendet man gerade in der Maschineninduftrie eine außerordentlich große motorische Kraft und setzt also alle jene Industriezweige in Brot, die sich mit der Erzeugung elektrischer oder dynamischer Kräfte befassen. Die letzte Zählung hat ergeben, daß die in der Maschineninduftrie verwendeten Motoren zusammen 585 000 Pferdekräfte besitzen, von denen rund 52 000 auf den Kraftmaschinenbau entfallen, zu dem auch die Lokomotivherstellung gerechnet wird. Wenn es gelingt, den deutschen Maschinenexport wieder auf dieselbe Höhe wie in der Zeit vor dem Kriege zu heben — und für die überseeische Maschinenausfuhr ist das schon geglückt, nur in Europa bereiten die Zollmauern noch Schwierigkeiten — dann wird dadurch für die gesamte deutsche Industrie eine gewisse Erleichterung geschaffen, und wir können den Gefahren zukünftiger Krisen beruhigter entgegensehen. ‡

Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf,** 23. Dez. **(Tel.)** Die heutige Düsseldorfer Börse verkehrte bei ruhigem Geschäft in fester Haltung. Am Kohlenkuxenmarkt wurden Ewald und König Ludwig höher gefragt. Deutschland wurde zu gestrigen Preisen gehandelt. Für Diergardt bewilligte man höhere Kurse. Das Geschäft am Kohlen-Aktienmarkt war im allgemeinen still. Nur in Lothringen war größerer Handel bei leicht erhöhtem Kurse zu verzeichnen. Am Braunkohlenmarkt sind nennenswerte Veränderungen kaum aufzuweisen. Nur Zukunfts-Aktien hatten den Geldkurs von gestern, dem Angebot nicht gegenüberstand. Am Kali-Kuxenmarkt war Beienrode zu letzten Kursen gefragt. Burbach und Volkenroda konnten eine Kursverbesserung von je 25 Mark erzielen. Hindenburg war 200 Mark höher gesucht. Sonst sind nennenswerte Änderungen auch hier nicht aufzuweisen. Am Kali-Aktienmarkt konnten Krügershall um 3 Prozent und Heidburg um 1 Prozent anziehen. Kali-Industrie-Aktien waren zu letzten Preisen im Verkehr. Von Industrie-Aktien wurden Dortmunder Vulkan, Providentia und Schöndorf zu letzten Preisen gehandelt.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich,** 23. Dez. **(Tel.)** Berlin 123,62; Wien 73,05; Prag 15,32½; Holland 209,12; Newyork 5,1710; London 25,25⅜; Paris 20,36½; Italien 27,28; Brüssel 72,35; Kopenhagen 138,80; Stockholm 139,75; Oslo 137,80; Madrid 86,57½.

tu **Amsterdam,** 23. Dez. **(Tel.)** London 12,07½; Berlin 59,11¼; Paris 9,73½; Schweiz 47,81; Wien 34,90; Kopenhagen 66,30; Stockholm 66,80; Oslo 65,80; Newyork 2,4727; Brüssel 34,58½; Madrid 41,35; Italien 1303.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg,** 23. Dez. **(Tel.)** Kaffee: Brasil-Offerten lagen unverändert, teils bis 6 d höher, für Rio bis 1 Sh. höher. Am Terminmarkt notierte Dezember ungefähr 1 Sh. niedriger, während die übrigen Monate ½ bis ½ Sh. höher waren. — Kakao: In Anbetracht der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage hielt sich das Geschäft in engen Grenzen. Nur geringe Bedarfsaufträge kamen zur Ausführung. Accra good fermented schwimmend 60, Dezember-Januar und Januar-Februar 59,6, Bahia superior schwimmend 65,6 bis 66, trinidad Plantation 70, auf Abladung 66 bis 67, superior epoca ariba 66,6. — Reis: Bei kleinem Bedarfsgeschäft kam auch einiges Exportgeschäft zustande. Zentral-Amerika und Afrika waren mit Aufträgen am Markte. Nach der ersten Schätzung wird die neue Ernte in Vorder-Indien einen Ausfall von 1 Million Tonnen gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Die Preise blieben hier wieder unverändert. — Auslandszucker. Der Markt war sehr ruhig und auf Basis unveränderter Preise nahezu geschäftslos. — Schmalz: Tendenz fester. Amerikanisches notierte 29,25, raffiniertes 30,75 bis 31,25; Hamburger Schmalz 34,5 je 100 Kg. netto. — Getreide: Bei eher etwas ruhiger Tendenz und belanglosen Umsätzen blieben die Preise unverändert. — Mehl: Tendenz ruhig. 70prozentiges Roggenmehl hiesiger Mühlen 35,5 bis 36,75 bis 37,75, Roggenmehl hiesiger Mühlen 30,25 bis 30,75, sonst unverändert. — Hülsenfrüchte: Bei kleinem Geschäft sind Preisveränderungen nicht eingetreten. — Futtermittel: Das Geschäft war bei unveränderten Preisen klein. — Öle und Fette: Der Markt lag ruhig, Preise unverändert. — Chemikalien: Bei steliger Tendenz entwickelte sich ruhiges Geschäft bei unveränderten Preisen. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig, Preise unverändert.

Metallnotierungen.

tu **Hamburg,** 23. Dez. **(Tel.)** Silber, Brief 80, Geld 79; Zink, Brief 53,25, Geld 52,75. Terminnotierungen: Kupfer: Dezember Brief 125,5, Geld 125,25; Januar Brief 125,75, Geld 125,25; Februar Brief 126, Geld 125,5; März Brief 126, Geld 125,5; April Brief 126, Geld 125,5; Mai Brief 125,75, Geld 125,5; Juni Brief 126, Geld 125,5; Juli Brief 126, Geld 125,5; August Brief 126, Geld 125,5; September Brief 126, Geld 125,5; Oktober Brief 126,25, Geld 125,75; Nov. bez. 126,25, Brief 126,5, Geld 126. Tendenz: stetig. Zinn: Dezember Brief 541, Geld 536; Januar Brief 538, Geld 534; Februar Brief 536, Geld 532; März Brief 534, Geld 530; April Brief 533, Geld 530; Mai Brief 522, Geld 529. Tendenz: ruhig.

tu **London,** 23. Dez. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kassa 60,5—60 9/16; dito per drei Monate 60⅝—60 11/16; Elektrolytkupfer 66,5—67; Best Selected 65—66,25: Zinn Standard per Kassa 266,75—267; dito per drei Monate 262,5—262⅝; Blei per Kassa 22 1/16: dito per drei Monate 22⅜; Zink per Kassa 26 3/16: dito per drei Monate 25 15/16; Silber per Kassa 26,5; dito per drei Monate 26,5; Gold 84,11.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	23. 12.	22. 12.		23. 12.	22. 12.
Weizen Dez.	125	126⅛	Hafer Dez.	52	52⅝
„ März	127½	128⅜	„ März	53¼	54⅛
„ Mai	124⅝	129⅜	„ Mai	54⅞	56⅛
Mais Dez.	82⅜	84¼	Roggen Dez.	106⅛	107⅛
„ März	85¼	87⅛	„ März	103⅛	108⅛
„ Mai	88¼	90¾	„ Mai	103⅜	108⅜

New-York	23. 12.	22. 12.		23. 12.	22. 12.
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
„ Dez.	—	—	„ Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	23.12	22.12.	New-York	23.12	22.12
Weizen			Weizen		
Rot. Som.Wint. Nr. 2	—	—	Manitoba Nr. 1	160¼	161⅛
Hart. „ „ „ „	128¹¹/₁₆	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	145⅝	145⅞
Gemischter Nr. 2 „ „	117½	—	Hart. „ „ „ „	143⅜	144⅞
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu ank. Ernte	93¼	97¼
Mais, gelb Nr. 2	88½	—	Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	122	122½
Hafer, weiß Nr. 2	57	57⅛	Gerste, Malting . .	103	103½
Roggen, Nr. 2	107¼	103½	Mehl, Spring wheat (clears⁴) . . .	550—675	550— 67 5
Gerste, Malting .	88-94	—			

Frachten:		23. 12.	22. 12.
	Fracht nach England⁵)	1,9—2,3	1,9—2,3
	„ „ Kontinent⁵)	8—10	7—10

Anmerkung ³) Per 196 lbs. ⁴) In Shilling und Pence per 480 lbs ⁵) In Dollarcents per 100 lbs.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen,** 23. Dez. **(Tel.)** Terminschlußkurse. Dezember 20,65—20,72; Januar 20,78—20,82; März 21,02—21,07; Mai 21,22—21,24; Juli 21,22—21,23; Oktober 20,55—20,65. Tendenz: stetig.

tu **Liverpool,** 23. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,42; Januar 10,40; März 10,40; Mai 10,40; Juli 10,35; Oktober 10,03. Tendenz: stetig. Umsätze: 8 000.

tu **Newyork,** 23. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember —; Januar 19,13—19,18; März 19,38—19,42; Mai 19,54—19,56; Juli 19,40—19,45; Oktober 18,85—18,88. Tendenz: stetig.

tu **Newyork,** 23. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember —; Januar 19,18; März 19,40; Mai 19,52; Juli 19,43; Oktober 18,96. Tendenz: stetig. Zufuhr: 30 000 Ballen.

tu **Newyork,** 23. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember —; Januar 19,25—19,27; März 19,43—19,46; Mai 19,57—19,59; Juli 19,48 bis 19,51; Oktober 18,92. Loko: 19,75. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans,** 23. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember —; Januar 19,15; März 19,36; Mai 19,43; Juli 19,31; Oktober —. Tendenz: fest.

tu **New Orleans,** 23. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,29; Januar 19,17; März 19,36; Mai 19,43; Juli 19,35; Oktober 18,88. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans,** 23. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember —; Januar 19,25—19,27; März 19,45—19,46; Mai 19,48—19,50; Juli 19,38—19,40; Oktober 18,87. Loko: 19,50. Tendenz: stetig.

Zwei neue Schloßbrände in Polen.

tu **Warschau,** 23. Dez. **In Galizien haben sich heute zwei weitere schwere Brandkatastrophen ereignet. In der letzten Nacht brannte in Mlynska bei Tarnopol das Schloß des Lemberger Wojewoden Grafen Dunin Borkowski nieder. Wertvolle Kunstschätze wurden vernichtet. Die Mutter des Grafen konnte nur mit größter Mühe aus dem brennenden Schloß gerettet werden.**

**